Trapp, Rainer, Klugheitsdilemmata und die Umweltproblematik. Paderborn [u.a.]: Schöningh 1998. 148 S., ISBN 3-506-79144-3.

Vermeintlich kluges eigennütziges Kalkulieren führt oft zu einem kollektiv irrationalen Verhalten. Das berühmte Beispiel dafür ist das sog, Gefangenendilemma, dessen Fragestellung der Autor in verschiedenen Modellen verallgemeinert. Angenommen z. B., ein Staat würde die Freiwilligkeit von Steuerzahlungen einführen, die noch dazu anonym bleiben sollten. Dann würde die eigennützige Klugheit einem jeden gebieten, seinen ieweiligen Steuerbeitrag zum eigenen Vorteil zurückzuhalten und die staatlichen Leistungen von anderen bezahlen zu lassen. Da aber alle so handeln würden, wäre das kollektive Ergebnis, daß die staatlichen Leistungen überhaupt entfielen und Chaos ausbräche. Individuelle Klugheit gerät zur kollektiven Dummheit, durch die alle verlieren, was sie nicht verlieren mijßten (26). Daraus entwickelt der Autor die Grundeinsicht jeder rationalen Politik: "In einer Welt von Akteuren, die neben ökologischen zumeist weit stärkere andere Partikularinteressen haben, werden jene - teilweise äußerst hehren - Ziele aber nur erreichbar, wenn aus individueller Gesamtinteressensicht Anreize zu ihrer Verfolgung bestehen. Bei eben dieser Grundeinsicht jeder Realpolitik setzt Umweltökonomie an. [...] Derienige, der ernsthaft darauf vertraut, seine Zeitgenossen gäben den Interessen jedes zukünftig lebenden Unbekannten aus autonomer Selbsteinschränkung heraus den gleichen Raum wie ihren eigenen, nur weil er ihnen gute ethische Gründe hierfür geliefert hat, lebt nicht wirklich in dieser Welt." (96f.) Der Autor bezeichnet seine Argumentationsweise als eine "interessenaggregationsethische" Sicht (127). Es geht ihm letztlich um die Frage, durch welche Anreize staatliche Maßnahmen zum Schutz der Umwelt hinreichend und nachhaltig wirksam werden; solche Anreize sind um so notwendiger, je höher jeweils die "Klugheitsdilemmazität" (114) einer Situation ist. Dafür lassen sich sogar einsichtige wirtschafts-mathematische Formeln aufstellen. Am Schluß entsteht die Frage, wer die Anreizer anreizen könnte (137). Zwar steht zu befürchten, daß "alle mit den Interessen der Lebenden konfliktierenden Interessen zukünftiger Generationen - gemessen am Ideal intergenerationeller Gerechtigkeit - bei politischen Entscheidungen tendenziell durchweg zu kurz kommen" werden (138f.). Zumindest etwas Abhilfe könnte jedoch die "moralische Hypokrisiespirale" (139) bieten. Der Autor veranschaulicht sie so: Die Notwendigkeit, den selbsterzeugten moralischen Schein wahren zu müssen, vermag "in ähnlicher Weise wenigstens bescheidene segensreiche Wirkungen für die noch Ungeborenen zu entfalten, wie sie dies für den Verlierer einer wohlgefüllten Geldbörse täte, wenn diese zufällig von einer Gruppe von einander beäugenden, statt von nur einem einzigen Scheinheiligen gefunden würde" (141). Dieses Buch ist trotz komplizierter Diktion vergnüglich zu lesen und hat darüber hinaus Recht.

Menschenwürde und medizinethische Konfliktfälle. Hgg. Nikolaus Knoepffler und Anja Haniel. Stuttgart: Hirzel 2000. 239 S., ISBN 3-7776-1036-4.

Das Münchner Institut "Technik-Theologie-Naturwissenschaften" hat sich in den wenigen Jahren seines Bestehens einen guten Ruf erworben. Es verfolgt ein Projekt unter dem Titel "Menschenwürde als regulatives Prinzip in der Bioethik". Aus dem Umkreis dieses Projekts werden im vorliegenden Band einige Arbeiten vorgestellt. Diese lassen sich in vier Bereiche gliedern: die Probleme gentechnischer Eingriffe; neue Möglichkeiten der Organtransplantation; Fragen um das Thema "Sterbehilfe" und die Rolle der Idee der Menschenwürde im Kontext der Medizin. – Die Fülle der Beiträge ist zu groß, als daß die einzelnen Aufsätze hier vorgestellt werden könnten. Ohne daß damit ein Werturteil verbunden ist, werden einige nur knapp charakterisiert, andere können bloß genannt werden; nur der Themenkomplex "Organtransplantation" soll eingehender referiert werden.

Die einschlägigen Beiträge befassen sich nicht mehr mit der Frage des Hirntods, die Öffentlichkeit noch immer beschäftigt, die aber wissenschaftlich im wesentlichen kein Thema mehr ist. Sie gehen alle aus von der Tatsache, daß das deutsche Transplantationsgesetz von 1977 die Knappheit der verfügbaren Spenderorgane nicht beheben